



GRÜNE BLÄTTER

ZEITUNG FÜR PANKOW

Nummer 01/2024

**BEWEGT PANKOW.
STEFAN GELBHAAR**



Am 11.2.
B'90/GRÜNE
wählen!

GEMEINSAM IST'S MÖGLICH.

Stimmen Sie für nachhaltige und soziale Politik!

Stefan Gelbhaar wieder in den Bundestag wählen.

Die Plakate an den Laternen verkünden es bereits: Wir werden wieder wählen. Das hat das Bundesverfassungsgericht im Dezember 2023 entschieden. Deswegen wird die Bundestagswahl an vielen Stellen in Berlin, aber gerade auch in weiten Teilen Pankows am 11. Februar 2024 wiederholt.

Ein kurzer Wahlkampf läuft. Mit Plakaten, Ständen, Veranstaltungen. Mit der Möglichkeit, per Brief zu wählen – denn immerhin ist der Wahltag der letzte Tag der Winterferien.

„Es geht um ein Signal für eine vielfältige, nachhaltige und soziale Gesellschaft.“

Bei dieser ersten Wahl des Jahres zählt jede Stimme, wieder. Eine Wahl ist immer ein Ausdruck von und für Demokratie. Es lohnt, wählen zu gehen. Zu entscheiden, wer Pankow und alle seine Ortsteile von Buch bis Prenzlauer Berg im Bundestag vertritt. Stefan Gelbhaar will an den Rückenwind von 2021 anknüpfen. Jedoch lässt es sich nicht auf den rund 7.000 Stimmen Vorsprung von damals ausruhen – es ist eine neue Wahl.

Es geht um ein Zeichen für sozial gerechte und nachhaltige Politik, für Klimaschutz, für bezahlbaren Wohnraum und gute Arbeitsbedingungen. Es geht um ein Signal für eine vielfältige, nachhaltige und soziale Gesellschaft. Die Wahl soll ein deutliches Zeichen werden gegen Phantasien über Rechtsruck, Ausgrenzung bis hin zu Deportationen. Dafür braucht es jede Stimme.

Die Wahl kann gut und gerne verstanden werden als ein Signal in Sachen Verkehrspolitik. Die Politik von Andi Scheuer (CSU) und seinen Vorgängern wurde 2021 abgewählt. Der aktuelle Berliner Senat aus CDU und SPD hat nun wieder den Rückwärtsgang eingelegt bei Straßenbahn und Radwegen, stattdessen wird ganz viel Energie in neue Betonschneisen für die A100 gesteckt. Und in mehr Tempo 50, dort wo jetzt Tempo-30-Zone ist.

Im Gegensatz dazu steht ein Fokus auf Mobilität in allen Formen, also auch mit Bus, Bahn und Rad, mit Sanierung der Infrastruktur, mit dem 49-Euro-Ticket. Das sind einige Früchte der Arbeit von Stefan Gelbhaar – und bündnisgrüner Markenkern.

Der Kontrast ist frappierend – gut zum Entscheiden.

Weiter für Pankow: Stefan Gelbhaar

Liebe Pankowerinnen und Pankower, seit 2017 bin ich für Sie im Bundestag, 2021 haben Sie mich direkt wiedergewählt. Für diese Unterstützung und das Vertrauen möchte ich mich bedanken. Als Abgeordneter ist es meine Aufgabe, die Regierung anzutreiben, zu kontrollieren und zu hinterfragen. Ein Spagat in der Ampel-Koalition.

In Zeiten von Krisen und Konflikten ist es wichtig, gemeinsam an der Gestaltung unserer Gesellschaft zu arbeiten. Dabei sind mir Nachhaltigkeit, Offenheit und Gerechtigkeit wichtig. Diese Werte versuche ich in meiner Arbeit jeden Tag in die Tat umzusetzen, beispielsweise in Initiativen für Klimaschutz und Mobilität.

Auch in Zukunft möchte ich für Sie da sein und die Perspektiven aus Berlin und Pankow weiter im Bundestag vertreten. Dafür bitte ich erneut um ihr Vertrauen.

Mehr Infos: stefan-gelbhaar.de





Mietwucher bekämpfen – Bauen fördern

Mieten und Wohnen in Berlin – die Situation hat sich nochmal verschärft.

Die Mietpreise steigen und die Anzahl der neugebauten Wohnungen stagniert. Steigende Baukosten und Kreditzinsen sowie der Fachkräftemangel sind die Ursachen.

Wohnungsbau mit Weitsicht

Der Wohnungsbau muss mit mehreren Maßnahmen angekurbelt werden, etwa durch gesicherte, faire Kreditzinsen sowie die Finanzierung von sozialem Wohnungsbau. Es muss geregelt werden, dass geförderte Sozialwohnungen nicht später als normale Mietwohnungen vermarktet werden. Die Berliner Mischung gehört gestärkt – der Wohnort darf nicht allein vom Einkommen abhängig sein. Baukosten können gesenkt werden – beispielsweise auch durch modulares bzw. serielles Bauen: standardisierte

Baupläne und -teile reduzieren die Baukosten. Das muss nicht monoton sein: die Fassade lässt sich leicht anpassen oder kreativ anders gestalten, ohne den Gebäudekern jedes Mal neu zu erfinden. Auch Aufklärung über alternative Baumaterialien kann zu niedrigeren Baukosten führen. Kein Teil der Lösung ist das Schleifen energetischer Standards. Ja, Dämmen von Häusern kostet. Doch ohne eine gute Dämmung macht sich in wenigen Jahren die Steigerung der Weltmarktpreise für fossile Rohstoffe wie Kohle, Gas oder Heizöl bemerkbar. Günstig heizen: Nur mit Wärmedämmung und erneuerbarer Energie!

Spirale bei Mietpreisen stoppen

Die Preisspirale ist zu begrenzen. Die „Kappungsgrenze“ soll in ange-

spannten Wohnungsmärkten wie in Berlin von 15 Prozent auf 11 Prozent reduziert werden. Das begrenzt Mieterhöhungen – in einem Zeitraum von drei Jahren – auf diesen Prozentsatz.

Zusätzlich muss der Mietspiegel weiterentwickelt werden, um ungegerechtfertigte Mieterhöhungen einzudämmen. Denn der Mietspiegel setzt sich aus den Mietpreisen in der Nachbarschaft zusammen. Steigt die Miete etwa durch Neuvermietungen oder Sanierungen überproportional an, hat das mittelfristig auch Auswirkungen auf die Mietpreise der Nachbarschaft.

Auch die Mietpreisbremse muss bis 2029 verlängert werden, um starken Preisanstiegen bei Neuvermietungen entgegen zu treten.

Diese Vorhaben zum Mieterschutz – also z.B. Kappungsgrenze, Mietspiegel und Mietpreisbremse – sind im Koalitionsvertrag festgehalten, aber das Justizministerium unter Marco Buschmann (FDP) macht hier bislang keine Vorschläge. Es gilt: dranbleiben.

Und in Berlin?

Im Berliner Abgeordnetenhaus haben SPD und CDU den „Mietendimmer“ gestrichen. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften durften demzufolge die Mieten, die während des Mietendeckels abgesenkt wurden, nur um 2,5 Prozent jährlich bis zur Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete anheben. Alle anderen Bestandsmieten der Wohnungsbaugesellschaften durften höchstens um ein Prozent jährlich erhöht werden. Das haben SPD und CDU nun aufgegeben. Nur auf den zudem unzureichenden Wohnungsbau zu setzen ist allerdings fahrlässig, die landeseigenen Hebel nicht zu nutzen ist entlarvend.

Dran bleiben

Manch ein Wohnungsangebot wirkt inzwischen wie ein Schlag ins Gesicht. Die Rechtslage ist unzureichend, Änderungen überfällig. Für die notwendigen Mehrheiten werden wir weiter arbeiten. Daneben gilt es weiter dran zu bleiben und kreativ zu werden. Stefan Gelbhaar macht etwa Strafanzeigen bei besonders krassen Fällen, Stichwort Mietwucher.

Hinweise, Gedanken und Vorschläge gern an stefan.gelbhaar@bundestag.de.

Über mich – von Stefan Gelbhaar

- 1976 wurde ich in Friedrichshagen geboren, zog nach Pankow und ging dort an die 30. POS zur Schule. 1996 – nach dem Abi am Carl-von-Ossietzky-Gymnasium – machte ich Zivildienst.
- Ich studierte Rechtswissenschaften, wurde Referendar in Brandenburg, wobei es mich auch einige Monate nach Kapstadt verschlug. 2004 machte ich das 2. Staatsexamen. Danach wurde ich Rechtsanwalt und insbesondere als Strafverteidiger tätig.
- Bei den Bündnisgrünen arbeitete ich im Pankower Kreisvorstand, wur-

de Kreisvorsitzender. Später ging es in den Landesvorstand, 2008 wurde ich Landesvorsitzender und widmete mich u.a. dem Widerstand gegen die A100 und den beginnenden Mietenproblemen.

- 2011 wurde ich Mitglied des Abgeordnetenhauses und dort Sprecher für Verkehrs-, Medien- und Netzpolitik und stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Themen gab es reichlich, von der damaligen S-Bahn-Misere, über mehr von Bus und Bahn bis Taxi, bessere Rad- und sichere Fußwege,



brachte rund um Open Data die BVG mit der Re:Publica ins Gespräch, arbeitete im Rundfunkrat des RBB insbesondere für die Rechte der freien Mitarbeitenden.

- Seit 2017 bin ich Mitglied des Bundestages und dort im Verkehrsausschuss. 2021 zog ich als direkt gewählter Abgeordneter erneut ein. Im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn arbeite ich an Reform und Sanierung mit. Ehrenamtlich bin ich im Humanistischen Verband Berlin Brandenburg aktiv.
- Ich lebe natürlich auch heute mit meiner Familie in Pankow – als Berliner hab ich es aus meinem Kiez nicht rausgeschafft.

Mobilität für die Zukunft

Mehr als nur Auto.



In den vergangenen zwei Jahren konnten B'90/GRÜNE einige wichtige Fortschritte für die Mobilitätswende erreichen:

Das 49-Euro-Ticket ist die bekannteste Neuheit der Ampelkoalition, und auch eine Revolution für den ÖPNV. Es gibt bundesweit nun eine einheitliche Tarifzone und Millionen neue Fahrgäste. Das bisher erfolgreichste Verkehrsprojekt haben wir Bündnisgrüne in langen Verhandlungen gemeinsam durchsetzen können.

Nach jahrzehntelangem Verschleiß muss die Schieneninfrastruktur umfassend saniert werden. Um die Verkehrswende umzusetzen, wollen wir die Schiene aber nicht nur erhalten, sondern modernisieren und ausbauen. Dazu braucht es Investitionen in Milliardenhöhe für die kommenden Jahre. Auch hierfür haben wir Bündnisgrüne gesorgt. Nie zuvor wurde so viel Geld in eine bessere Bahninfrastruktur investiert wie mit uns. Leider auch überfällig nach den Verschleißjahren der Großen Koalition.

Wer auch bei Dienstreisen und im Urlaub klimafreundlich unterwegs

sein will, kann sich auf mehr und bessere Nachtzugverbindungen freuen. Die Kooperation z.B. mit Österreich wird intensiver, der Bundestag hat Geld bereitgestellt.

Klimaschutz beim Straßenverkehr

Deutschland hat eines der dichtesten Straßennetze der Welt. Es ist quasi fertig und nun gilt es, das zu erhalten. Das ist auch nötig, denn in den letzten Jahren wurde durch CDU/CSU und Co. nur auf Neubau gesetzt – viele Brücken sind nun



Sanierungsfälle. Immerhin: Wir investieren nun vorrangig in Erhalt und Sanierung. Dem teils immer noch bestehenden Ausbauwahn gilt es ein Ende zu setzen.

Nahezu jeder weitere Autobahnkilometer schadet dem Klima, der Umwelt und der Gesundheit. Auch deswegen stehen wir entscheiden gegen den Weiterbau der A100. Durch diese Autobahn wird stückchenweise unser Berlin kaputt gemacht, Schulen, Wohnungen, Clubs, Bäume verschwinden.

Damit die Antriebswende vorankommt, dürfen ab 2035 europaweit nur noch klimaneutrale PKW neu zugelassen werden. Das ist ein entscheidender Schritt Richtung Klimaziel. Gleichzeitig fördern wir die Ladeinfrastruktur in diesem Jahr mit 2,2 Milliarden Euro. E-Fuels werden wir für Schiff- und Luftfahrt brauchen. Das Verkehrsministerium muss hier liefern, damit E-Fuels für diese Bereiche endlich auch produziert werden, statt weiter über ihre Verschwendung im PKW zu theoretisieren.

Mit der Reform der LKW-Maut wird es in Zukunft ein Vorteil für

Spediteure sein, mit klimaneutralen Antrieben zu fahren oder Güter auf der Schiene zu transportieren. Die Milliarden an Mehreinnahmen aus der Maut investieren wir zum großen Teil in die Schiene.

Fuß- und Radverkehr und ein besseres Straßenverkehrsgesetz

Zu Fuß gehen und Fahrradfahren muss endlich sicherer werden. Im Bund modernisieren wir dafür das Straßenverkehrsgesetz und die Straßenverkehrsordnung – die Gesetze liegen vor, die Verhandlungen zwischen Bundestag und Bundesrat stehen an. Kommunen bekommen dann mehr Freiheiten, selbst zu entscheiden, wie sie die Mobilität vor Ort gestalten wollen. Das ist überfällig.

Noch vor der Reform haben wir damit begonnen, Berlin zur Fahrradhauptstadt zu machen. Wir haben zahlreiche Radwege neu angelegt und Fahrradstraßen eröffnet – in Pankow unter anderem die Stargarder Straße und die Ossietzkystraße. Diese Arbeit setzen die Bezirke jetzt fort, während die neue CDU-Verkehrssenatorin das Rad zurückdrehen will, den Ausbau von Fahrradwegen stoppt und mehr gefährliche Tempo-50-Strecken einführen will. Doch Berlin ist längst weiter – und bereit für nachhaltige, günstige und sichere Mobilität für alle.

Impressum GRÜNE BLÄTTER – ZEITUNG FÜR PANKOW

Herausgegeben von BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, Kreisverband Pankow
V.i.S.d.P.: Tobias Pralle,
Pappelallee 84, 10437 Berlin
E-Mail: blaetter@gruene-pankow.de

Konzept: Norbert Schmedt
Redaktion: Maren Bergschneider,
Stefan Gelbhaar, Paul Predatsch,
Norbert Schmedt
Gestaltung: Laura Dreßler-Pasenau
Fotos: S.1 u.: Erik Marquardt; S.2 u.: Erik
Marquardt; S.3: Büro MLA+ und Martin
Aarts; S.5: Max Niederköppern; S.5 r.: Julia
Bornkessel; S.6: Europäisches Parlament;
Alle Anderen: Archiv (lizenzfrei)

Druck: Union Druck Berlin
Auflage: 70.000 Exemplare

Die nächste Ausgabe erscheint im April 2024.

Rückgrat zeigen, Demokratie schützen

Für eine Kultur der Verständigung.



Die Bauernproteste Anfang Januar waren einfallreich, vielfältig und bunt. In deren Zuge jedoch kursierten auch Aufrufe mit Umsturzphantasien, extremistische Gruppen traten in Erscheinung, völkisch-nationalistische Symbole wurden offen gezeigt. Hier agieren Menschen weit außerhalb dessen, was sich unter

legitimem demokratischen Protest und freier Meinungsäußerung verstehen lässt. Im öffentlichen Diskurs scheint es da für manche keine Grenzen mehr zu geben. Es wird versucht, Gewaltaufrufe, Drohungen und Nötigung als legitim darzustellen und zu normalisieren. Dem gilt es entgegen zu treten – in direkten

Gesprächen mit denen, die wir erreichen können. Und durch restriktive Maßnahmen, wenn die bestehenden Gesetze gebrochen werden.

Denn ja: Wir leben in herausfordernden Zeiten. Inflation. Das Klima wandelt sich, Überschwemmungen, Hitze, Waldbrände nehmen zu. Kriege. Hoffnung und Zuversicht haben es da schwerer.

Stimmen für die Demokratie

Sorgen und Ängste schaffen Verunsicherung. Das wird von jenen genutzt, die Staat und Gesellschaft zersetzen wollen. Fantasien von einer autoritären Politik oder gar einer Diktatur – die dann endlich die jeweils eigene „Meinung“ gegen alles Störende durchsetzt.

Unsere Demokratie ist seit vielen Jahrzehnten gewachsen. In einem permanenten Prozess des Aushandelns

unterschiedlichster Positionen, Vorstellungen und Ansichten. Sie wird vom großen Teil der Gesellschaft getragen. Sie hat starke Institutionen, gibt gar jenen Raum, die ihr nicht wohlgesonnen sind, wenn auch mit klaren Grenzen.

Eine Garantie gibt es nicht. Umfragen warnen uns: Jene, die auf Populismus und Ressentiments setzen und versuchen, die Demokratie von innen heraus auszuhöhlen, diese Kräfte gibt es und sie sind aktiv. Unsere Demokratie, unsere Gesellschaft wird dem widerstehen können – dafür gilt es zu arbeiten.

Diese Wiederholungswahl ist daher auch eine Chance für die Demokratie. Eine Chance für all diejenigen, die auf Verständigung und Gemeinsamkeiten setzen. Die große Mehrheit kann und wird sich den Antidemokraten entgegenstellen. Am 11.2. wählen zu gehen, ist dazu ein guter und wichtiger Schritt.

Soziale Wärmewende

Keine Überforderung bei Investition. Die Wärmewende ist mit sozialem Ausgleich verknüpft.

Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) gilt seit dem 1. Januar 2024. Auf dem parlamentarischen Weg haben wir das Gesetz pragmatischer und sozialer gemacht.

Wer eine funktionierende Heizung hat, muss nichts weiter tun, Gas- und Ölheizungen können so lange betrieben und repariert werden, bis sie irreparabel defekt sind. Für die meisten Menschen ändert sich also erstmal nichts.

Kostenfalle Öl & Gas

Aber: Gas und Öl werden teurer. Diese Kostenfalle gilt es zu vermeiden. Daher muss dafür gesorgt werden, dass die Wohnung warm und die Heizung bezahlbar bleibt.

Fakt ist: Wenn eine neue Heizung her muss, lohnt es auf erneuerbare und klimafreundliche Technologien umzusteigen. Damit das auch allen

möglich ist, wird eine Neuanschaffung mit einer Förderung von bis zu 70 Prozent unterstützt. Auch Härtefälle sind geregelt. Und Mieter*innen erhalten Schutz vor hohen Kostensteigerungen.

So verhindern wir, dass Menschen von Investitionskosten überfordert werden – und stellen sicher, dass Wärmewende und sozialer Ausgleich miteinander einhergehen.

Die kommunale Wärmeplanung soll spätestens 2028 in allen Kommunen abgeschlossen sein. Vielerorts wird es aber deutlich schneller gehen.

Fernwärme für Berlin

In der Zwischenzeit bleibt es zwar möglich, fossile Heizungen einzubauen, Gut beraten sind diejenigen, die auf fossile Experimente verzichten. Denn es gibt nun die



planungssicheren und klimaschonenden Alternativen. In den meisten Fällen wird das die Wärmepumpe oder die Fernwärme sein.

Der Rückkauf des Berliner Fernwärmenetzes Ende des letzten Jahres ist deswegen eine gute Nachricht. So kann die Wärmeversorgung der

Stadt klimaneutral umgebaut werden, Berlin wird unabhängiger und der Klimaschutz kommt voran.

Das GEG schafft einen Rahmen und bringt nötige Planungssicherheit. Das Ganze bleibt praktikabel. Klimafreundliches Heizen – die Wärmewende – kommt in Gang.



Am besten stets bei Grün

Was hat die Ampel-Regierung in zwei Jahren erreicht?

Vor etwas über zwei Jahren hat die Ampel-Koalition ihre Arbeit aufgenommen. Insbesondere in Energiefragen musste es nach Beginn des russischen Eroberungskrieges schnell gehen. Viele haben sich da manchmal etwas mehr Luft zum Reflektieren gewünscht – wir auch. Allein, die Energieversorgung musste sichergestellt, Familien und Haushalte entlastet, die Wirtschaft unterstützt werden. Das ist gelungen. Neben der akuten Krisenbewältigung ist der Reformstau der letzten Jahre und Jahrzehnte Kern der Arbeit. Was wurde geschafft? Die Liste ist länger als die zum Teil missmutige Medienlage glauben lässt.



Hier eine Auswahl, die ganze Liste findet sich auf www.stefan-gelbhaar.de/b23

Nachhaltige Zukunft

Wie wir heizen hat einen enormen Einfluss auf das Klima. Jetzt sind die Schritte angelegt, damit ausgewogen und Stück für Stück die Heizungssysteme im Land umgestaltet und viel CO₂ eingespart wird. Mit einem Booster für das gute alte Erneuerbare-Energien-Gesetz ist der Ausbau von Wind- und Solarstrom richtig in die Gänge gekommen. 2023 haben wir den Atomausstieg geschafft, die Kohleförderung geht zurück und wird beendet werden.

Mit der Nationalen Wasserstrategie werden die Schadstoffe angegangen, Wasserspeicher geschaffen und der nachhaltige Umgang mit Wasser-

ressourcen gefördert. Künftig gibt es weniger Antibiotika in der Nutztierhaltung und die Nitratbelastung von Böden und Grundwasser wird per Gesetz gesenkt. Die Form der Tierhaltung wird künftig im Laden und auf Speisekarten transparent gemacht.

Mobile Zukunft

Alle reden über das 49-Euro-Ticket – zu Recht. Aber ein bisschen was mehr ist schon passiert: deutlich mehr Geld in die Schieneninfrastruktur und bei den Straßen gilt Erhalt und Sanierung vor Neubau. Allerdings gilt es dranzubleiben und alle Ampelfarben immer wieder darauf zu verpflichten. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur für Autos und Lastwagen ist der nächste große Brocken. Die Reform des Straßenverkehrsgesetzes muss vollendet werden.

Internationale Zukunft

Menschenrechte und Klimadiplomatie stehen im Zentrum, gerade auch die Rechte von Frauen und die von an den Rand gedrängten Gruppen. Klimaschutz ist globale Gerechtigkeit. Wir waren maßgeblich daran beteiligt, dass der internationale Meeresschutz Aufwind bekommen hat und dass weltweit 30 Prozent der Land- und Meeresfläche bis 2030 unter Schutz gestellt werden.

Soziale Zukunft

Vielerorts gibt es zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Schnellere Planung

und Genehmigung von Wohnungen wurde durch eine Baurechtsreform ermöglicht. 4,5 Millionen Haushalte werden entlastet, indem sie im Schnitt doppeltes Wohngeld bekommen. Eine faire Verteilung der CO₂-Kosten beim Heizen in Mietwohnungen setzt Anreize für klimafreundliche Heiztechnologien.

Familien werden durch höheres Kindergeld und das Bürgergeld unterstützt. Der Mindestlohn wird erhöht, um Lohndumping besser zu begegnen. Zudem wurden Anspruch und Qualität der Ausbildung besser geregelt, ein Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts unterstützt Menschen mit Behinderung.

Die Ampel hat den Zugang zum Arbeitsmarkt für internationale Fachkräfte erleichtert und attraktiver gestaltet. Auch langjährig hier Lebende profitieren von verbesserten Job-Perspektiven. Kinder und Jugendliche in der stationären Kinder- und Jugendhilfe müssen jetzt nicht mehr ihr selbstverdientes Einkommen ans Jugendamt abgeben.

Gesellschaftliche Zukunft

Wir haben das Wahlalter bei Europawahlen endlich auf 16 gesenkt. Erstmals wurde ein Bürgerrat eingesetzt, um alltagsnahe Perspektiven stärker in die Politik einzubinden. Der Bundestag wird künftig auf 630 Sitze begrenzt und schon jetzt sind mehr Ausschusssitzungen öffentlich.

Ampel oder Stoppschild?

Ist ein Stoppschild wirklich besser als eine Ampel? Diese Frage stellt sich dieser Tage beim Blick auf die Plakatlandschaft. Viele Menschen reicht es erst mal an Veränderungen. Verständlich und gut nachzuempfinden. Jedoch: Wir müssen etwas verändern, damit etwa das Klima halbwegs bleibt, wie es ist. Oder wir zumindest die Veränderungen durch die Klimakrise begrenzen können.



Wir müssen ebenso unsere älter werdende Gesellschaft organisieren. Weiterhin verlässliche Versorgung und soziale Absicherung brauchen auch künftig Fachkräfte. Das bedeutet: Gut Ausbilden, anständig Bezahlen und offen Sein für Menschen, die hier mitarbeiten wollen.

Also muss die Ampel-Koalition arbeiten. Geräuschlos geschieht das nicht immer, aber wir arbeiten. Wo gehobelt wird, da fallen auch mal Späne. Aber ja, nicht jede Diskussion muss so lang gezogen werden. Da gilt es besser zu werden. Allerdings ist die Bilanz der Regierung durchaus sehenswert. Und bei all dem Knirschen gerät manchmal in Vergessenheit, was schon alles auf den Weg gebracht wurde. Und das meint beileibe nicht nur das 49-Euro-Ticket.

Ich freue mich über Ihre Meinung Anregungen!

Schreiben sie mir: stefan.gelbhaar@bundestag.de

Ihr *Stefan Gelbhaar*

Worum es geht. Warum die Europawahl im Juni so wichtig ist

Ein Gastbeitrag Sergey Lagodinsky



Die kommende Europawahl markiert einen entscheidenden Wendepunkt für die Zukunft Europas. In einer Zeit globaler Unsicherheit, geprägt von Konflikten und politischen Unruhen, steht die EU an einem kritischen Scheideweg. Diese Wahl ist mehr als eine Abstimmung über Abgeordnete – sie ist ein Referendum über die Zukunft eines Kontinents, der sich entscheiden muss: Wollen wir den Weg als

wettbewerbs- und handlungsfähige Demokratie fortsetzen oder Gefahr laufen, in nationalstaatliche Eitelkeiten und rechte Ideologien zu verrutschen.

Die Welt ist ein Pulverfass, und das macht die Bedeutung eines starken, vereinten Europas besonders deutlich. Doch diese Rolle ist nicht selbstverständlich – sie muss aktiv verteidigt und gestaltet werden.

Ein vereintes Europa ist unerlässlich, um als Friedensanker zu dienen und die demokratischen Werte zu schützen, die in einigen Mitgliedsstaaten unter Druck geraten durch rechtsextreme und autoritäre Kräfte: In Ungarn ist es besonders deutlich, aber auch in Ländern wie Griechenland werden Medien unterdrückt und demokratische Freiheiten beschnitten. In Polen sehen wir, dass eine undemokratische Regierung folgen über Jahre und Jahrzehnte hinterlassen kann.

Die Wirtschaft Europas steht vor der Herausforderung, Wohlstandsversprechen, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit zu vereinen. Programme wie der European Green Deal bieten hierfür Ansätze. Deren Umsetzung erfordert aber weiterhin politischen Mut und Entschlossenheit. Für diese stehen die Grünen in Brüssel. In einer globalisierten Welt, in der der Wettbewerb nicht zwischen Einzelstaaten, sondern zwischen großen Wirtschaftsräumen stattfindet, kann

Europa nur gemeinsam bestehen – ob wirtschaftlich, ob im Bereich der Innovationen oder im der Bewältigung der globalen Herausforderungen von Klima bis Zuwanderung. Für all das brauchen wir die EU, die gut funktioniert und für Bürgerinnen und Bürger liefert.

Rechtspopulismus und Nationalismus in Europa ist gerade deswegen nicht eine Gefahr für ein paar Minderheiten oder politische Opponenten der Rechten, sondern für uns alle, denn die Rezepte, die für einige so verlockend einfach klingen führen Europa ins Abseits und manche von ihnen – in den Abgrund! Wir dürfen uns die Zukunftschancen unseres Kontinents nicht verbauen!

Die Europawahl 2024 bietet die Gelegenheit, ein starkes Signal für Demokratie, Fortschritt und Europa zu senden. Die Bündnisgrünen waren und bleiben eine Partei, die diese Versprechen immer schon eingefordert und mitgestaltet haben. Lasst uns noch Mal gemeinsam anpacken.

Wer ist der Spitzenkandidat Sergey Lagodinsky?

Europa kann nur als Raum für Freiheit und Grundrechte überzeugen – nach innen und außen

Seit Ende November 2023 steht fest: Der Berliner Sergey Lagodinsky wird die Kandidatenliste für die Europawahl auf dem zweiten Platz mit der Spitzenkandidatin Terry Reindke anführen. Als langjähriges Mitglied des Pankower Kreisverbands von B'90/GRÜNE konnte er die Delegierten auf der Parteiversammlung in Karlsruhe überzeugen.

Lagodinsky, der rechtspolitische Sprecher seiner Fraktion, ist auch erster stellvertretender Vorsitzender im Rechtsausschuss des Europarlaments. Zu seinem Arbeitsportfolio im Parlament gehören aber auch Außenpolitik, Rechtsstaatlichkeit und Digitalisierung. In den drei Bereichen hat er viel angeschoben und erreicht. Sein Motto: „Gute Presse ist gut, konkrete Parlamentsarbeit ist besser“. Er verhinderte den ungarischen ehemaligen Justizminister als Europakommissar und zwang die Kommission, gegen Ungarn Geldsanktionen zu verhängen. Der sog.

Lagodinsky-Bericht dient der Kommission als Grundlage für die ersten europäischen Gesetze zum Schutz der Vereine. Er ist der Motor hinter der Parlamentsinitiative zum Sondertribunal gegen Putin und auch das KI-Gesetz des Parlaments trägt an vielen entscheidenden Stellen seine Handschrift. Lagodinsky gehört zu großen Unterstützern der Ukraine in ihrem Kampf gegen den Angriff des Kremls, aber auch als Helfer für zahlreiche Dissidenten und Medien aus Russland.

Vieles davon, was er macht, entspringt seinem eigenen Weg in die Demokratie: Als Kontingentflüchtling kam er 1993 aus Russland und musste als Achtzehnjähriger seinen Platz im damals frisch vereinigten Deutschland erarbeiten – im Flüchtlingsheim, auf dem Gymnasium in Kassel, im Jura-Studium in Göttingen, als Stipendiat in Harvard und später im Berufsleben ob als Anwalt, als Publizist oder als Politiker.

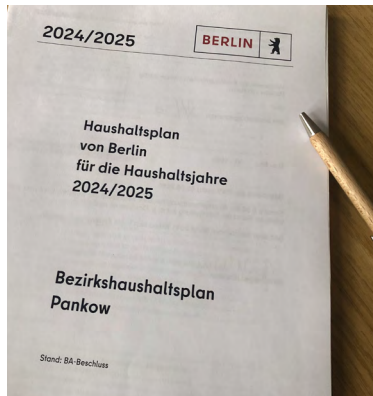


2011 stieß er zu den Grünen in Pankow. Durch seine Biographie fühlte er sich gerade mit der bürgerrechtlichen Tradition von Bündnis 90 sehr verbunden. 2013 leitete er sogar gemeinsam mit der jetzigen Pankower Bürgermeisterin Cordelia Koch den Pankower Kreisverband der Partei. Über all diese Jahre blieb sein

Leitmotiv: Europa kann nur als Raum für Freiheit und Grundrechte überzeugen – nach innen wie nach außen. Und: Europa kann sich nur als eine gut abgestimmte Union, statt zerstrittene Nationalstaaten, global behaupten. Mit diesen Glaubenssätzen führt Sergey Lagodinsky die Liste in den wichtigen Wahlkampf 2024 an.

Pankower Bezirkshaushalt 2024/25

Verwaltungsmodernisierung, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit trotz massiver Senatskürzungen.



Das ist auch gelungen: Fünf neue Mitarbeiter*innen werden sich künftig um eine zügige Digitalisierung der Pankower Verwaltung kümmern – auf das bald niemand mehr seine Zeit damit verbringen muss, Akten hin und her zu tragen und die Bürger*innen elementare Dienstleistungen endlich online erledigen können. Denn das spart allen Zeit.

Ziele umsetzen

Zwei neue Mitarbeiter*innen werden in der Personalgewinnung eingesetzt, um die zügige Einstellung neuer Mitarbeiter*innen voranzutreiben. Zusätzlich wird eine Change-Managerin die Arbeitsprozesse in den verschiedenen Geschäftsbereichen analysieren und helfen, sie im Sinne der Mitarbeiter*innen effizienter zu gestalten. Diese Aufstockungen sind auch deshalb dringend notwendig, weil in den kommenden Jahren ein Drittel der Belegschaft der Bezirksverwaltung in Rente gehen wird.

Entscheidende Weichen konnten zur Bewältigung der Klimakrise, der Schulkrise und Wohnungskrise gestellt werden. Zwei neue Stellen wird es zur Klimaanpassung und zur Planung des Biotopverbunds geben.

Es gibt mehr Geld für die Sanierung von Schulhöfen, zwei zusätzliche Personen unterstützen die Planungen von Neubau und Sanierung unserer Schulen. Die Impfstelle wird um zwei Stellen aufgestockt, um sie endlich arbeitsfähig zu machen. Das Jugendamt wurde mit einer Stelle zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut aufgestockt. Auch eine Stelle zur Umsetzung des Programms kinderfreundliche Kommune wird es geben und für die Bearbeitung von Bebauungsplänen gibt es zwei neue Stellen, damit das Tempo beim Bau von Wohnungen erhöht werden kann.

Und: Die Pankower Bibliotheken erhalten nun endlich mehr Geld. Dafür haben wir Bündnisgrüne uns seit Jahren eingesetzt. Denn dieser Ansatz war in Pankow bisher besonders niedrig. Nur 1 Euro pro Bewohner*in gab der Bezirk bisher für Bücher, Spiele, DVDs in Bibliotheken aus. In anderen Bezirken sind es bis zu 2 Euro. Nun wurde der Etat auf 1,50 Euro pro Bewohner*in erhöht.

Ausführlichere Informationen finden sich auf der Internetseite der BVV-Fraktion
<https://gruenlink.de/2qg5>

Was tun, wenn angesichts Rezession, Krieg und pandemie-bedingt leerer Kassen der Senat den Bezirken drastisch das Geld kürzt, aber zugleich enorme Aufgaben zu bewältigen sind? Vor dieser Frage standen unsere Bezirksbürgermeisterin Cordelia Koch und unsere Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow im letzten Herbst bei den Beratungen zum Bezirkshaushalt. Schnell war klar: Wenn mehr Arbeit mit weniger Mitteln erledigt werden muss, dann muss endlich das geschehen, was seit Jahren verschleppt wurde: die Verwaltung besser organisieren, freie Stellen zügig besetzen und die dringend notwendige Digitalisierung umsetzen.

Fahrradfahren

Sicher auf der Schönhauser Allee.

Wie im letzten Sommer breit in den Medien berichtet wurde, hatte die nun CDU geführte Senatsverwaltung für Mobilität die Bezirke in einem Schreiben angewiesen, sämtliche Radwegprojekte, die „auch nur einen Parkplatz gefährden“, vorerst auf Eis zu legen.

Eine Anordnung mit verheerenden Konsequenzen für Pankow, wo der Bau von elf Radwegen gestoppt wurde – unter anderem auf der Schönhauser Allee. Diese rechtswidrige Anordnung ist dank sehr viel Gegenwind wieder vom Tisch: Auf der Schönhauser Allee wird derzeit im Abschnitt von Eberswalder Straße bis Stargarder Straße endlich eine ausreichend breite Fahrradspur auf der bisherigen Parkspur eingerichtet. Rechtzeitig zum Frühlingsbeginn sollen die Spuren stadteinwärts und stadtauswärts befahrbar sein.

Mehr zur Pankower Mobilitätswende finden Sie hier: <https://gruenlink.de/2qg6>

Für's Auge und für Insekten

Blumen auf Straßenbahngleisen.


Manchmal kann Kleines viel bewirken: Wenn das Gras an Straßen und Straßenbahngleisen weniger gemäht und nicht mehr so kurz geschnitten wird, führt dies zu mehr Artenvielfalt und Schutz des Stadtklimas.


Es entstehen kleine Wildblumenwiesen, die Bienen und anderen Insekten als Nahrung dienen. Weil es solches Grün an fast allen Straßen gibt, können Insekten leicht von Wiese zu Wiese gelangen. Außerdem verdorren lange mit Wildblumen durchsetzte Gräser im Sommer nicht so schnell wie kurzer Rasen. Und das Ganze wäre auch noch deutlich billiger: Denn das regelmäßige Mähen kostet das Bezirksamt einiges.


In Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg wird es bereits so gemacht. Doch leider bevorzugten alle anderen Pankower Parteien anscheinend bienenarme Steppenlandschaften im Sommer. Einen entsprechenden Antrag der Grünen in der BVV Pankow lehnten sie ab. Unsere Fraktion bleibt am Thema dran!


Kommunalpolitik vor Ort

Mitmachen im Kreisverband

 **Arbeitsgruppen des Kreisverbandes:**
gruene-pankow.de/arbeitsgruppen

 **Stadtteilgruppen des Kreisverbandes:**
gruene-pankow.de/stadtteilgruppen


 **Stammtische des Kreisverbandes:**
gruene-pankow.de/stammtische

 **Termine des Kreisverbandes:**
gruene-pankow.de/termine

Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung Pankow

Die BVV-Sitzungen finden in der Regel mittwochs um 17:30 Uhr im BVV-Saal, Haus 7, in der Fröbelstraße 17 statt.

Die nächsten Termine:
 24.01.2024 • 28.02.2024
 17.03.2024 • 05.05.2024

 **Livestream auf Youtube**
youtube.com/@bvvpankowvonberlin651

Kontakt zur Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der BVV Pankow

 gruene-fraktion-pankow.de


 info@gruene-fraktion-pankow.de

 030/902 95 50 07

 @GrueneBWPankow

 @gruenefraktionpankow

 @gruenepankow.bsky.social

 **Newsletter-Anmeldung**
<https://seu2.cleverreach.com/f/151327-248343>

Energie für die Klimawende

Gute Nachrichten: Die Emissionen in Deutschland sind im letzten Jahr massiv gesunken, vor allem bei der Stromerzeugung.



Die Kohleverstromung erreicht einen historischen Tiefstand und der Ausbau der Erneuerbaren hat deutlich angezogen. Der verstärkte Ausbau zeigt bereits 2023 erste Effekte, mit einem Anteil von über 50 Prozent erneuerbarer Energien am Strommix – ein direkter Erfolg von Wirtschafts- und Energieminister Robert Habeck, der seit Amtsbeginn energisch an der Energiewende arbeitet.

Rekord dank Windkraft

Den größten Beitrag zum Rekordhoch der Erneuerbaren Energien leisteten Windkraftanlagen, vor allem an Land. Die Windräder Berlins stehen übrigens allesamt in Pankow – sechs an der Zahl, das siebente ist in Planung. Bundesweit kamen Anlagen an Land und auf See auf einen Anteil von 31,1 Prozent an der Stromerzeugung. Photovoltaik deckte 12,1 Prozent ab,

Biomasse 8,4 Prozent. Die übrigen 3,4 Prozent entfielen auf Wasserkraft und sonstige Erneuerbare.

Atomkraft? Nein Danke!

Parallel zur historisch niedrigen Kohleverstromung gingen am 15. April 2023 endlich die letzten Kernkraftwerke vom Netz und beendeten so das Zeitalter der gefährlichen und teuren Atomenergie. Trotz der Abschaltung zeigten sich im Jahresverlauf sinkende Großhandelsstrompreise. Dieser Ausstieg ist ein Sicherheits- und Unabhängigkeitsgewinn für unser Land.

#DankeHabeck

Auch der Netzausbau wurde beschleunigt und günstiger erneuerbarer Strom fließt in und durch die Republik. In der Industrie gibt es differenzierte Entwicklungen, da Investitionen in Klimaschutz und Energieeffizienz positiv sind, aber Produktionsrückgänge aufgrund des russischen Angriffskriegs auf die

Ukraine und der Preiskrise negativ wirken. Das Ziel ist, dass Deutschland ein starker Industriestandort bleibt und klimaneutral wird, daher wurden Industrieprogramme gerettet und umgesetzt, die Strompreiskompensation erweitert und die Stromsteuer gesenkt. Im Gebäudebereich greift ab diesem Jahr das Gebäudeenergiegesetz gepaart mit Förderprogrammen für klimafreundliche Heizungen. Für den Verkehrsbereich ist allerdings noch einiges, nein, noch viel mehr nötig.

Ziel: 100 % Erneuerbare

Statt auf fossile Brennstoffe setzen wir auf Sonnen- und Windenergie für Strom, Wärme, Verkehr und Industrie. E-Autos, E-Busse, Bahn und Rad ersetzen Verbrennungsmotoren. Wärmepumpen und Solarthermie ersetzen Öl- und Gasheizungen. Wir müssen die Energieversorgung komplett auf erneuerbare Energien umstellen und den Ausbau weiter beschleunigen. Schon 2023 mehr als 50 Prozent Erneuerbare – das bestätigt unseren ambitionierten Kurs.

Entspannt wählen!

Am 11.02. wird die Bundestagswahl in vielen Wahlbezirken Pankows wiederholt – aber Wählen ist schon jetzt möglich!

Briefwahl von zu Hause beantragen

Einfach auf der Wahlbenachrichtigung das **Formular ausfüllen** und zurückschicken – oder **online beantragen**.

Versandzeiten für Antrag und Briefwahl-Unterlagen berücksichtigen!



Stimmzettel und Wahlschein ausfüllen

Kreuze auf dem **Stimmzettel** machen, in den blauen Umschlag stecken und zukleben.

Wahlschein ausfüllen – **Datum und Unterschrift nicht vergessen!** Zusammen mit dem blauen Umschlag in den roten Umschlag, zukleben und fertig!



Umschlag in die Wahlurne werfen

Wahlunterlagen in der Briefwahlstelle **einfach einwerfen – meist ohne Warten!**



Im Wahllokal

Am 11.02. Ort vor wählen: **Ausweisdokument und ein wenig Zeit mitbringen!**



In der Briefwahlstelle

Wahlunterlagen ohne Antrag **persönlich abholen** – **Ausweisdokument genügt!**



Unterlagen zurücksenden

Wahlunterlagen in der Post abgeben oder in einen Briefkasten der Deutschen Post werfen – **spätestens am 06.02.!**



Jede Stimme zählt!

Ganz egal, auf welchem Weg: **Deine Stimme macht einen Unterschied!**



GEMEINSAM IST'S MÖGLICH.